Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 27

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ort. Er hat ein Recht, das Tätigkeitsgebiet der Hochschulabsolventen bis ins Detail zu bestimmen. Allerdings ist hier gegenüber der stalinistischen Epoche eine gewisse Erleichterung eingetreten. Wohl ist die Abkommandierung der Hochschulabsolventen an eine bestimmte Stelle in der Sowjetunion noch ein juristischer Begriff, aber in der Praxis scheint diese planwirtschaftliche Lenkung doch nicht reibungslos zu funktionieren, wie sich Pressemeldungen entnehmen lässt. Besonders Aerzte und Ingenieure verstehen es anscheinend immer wieder, sich beispielsweise einer Verpflichtung zur Berufsausübung ausserhalb der Städte zu entziehen. Seit diesem Jahr zieht nun Chruschtschew die Schraube wieder fester an. Agrarspezialisten jedenfalls, die sich vor der Arbeit in den Kolchosen und Sowchosen drücken wollen, haben mehr und mehr Mühe, sich dem «Ruf der Gesellschaft» zu entziehen. Das Regime benützt, um seinen Willen durchzusetzen, immerhin mehr indirekte Druckmittel als Zwangsmassnahmen, was auch der üblichen Politik bei der Verschiebung von Arbeitskräften entspricht.

In den Volksdemokratien ist es im Unterschied zu früher nicht mehr strafbar, sich den Arbeitsplatzzuweisungen der Regierung zu widersetzen. In Ungarn beispielsweise weigerten sich kürzlich einige Hochschulabsolventen, gemäss einer Weisung des Ministeriums eine Stelle auf dem Land anzunehmen. Doch hat der Staat den längern Atem, um seinen Willen indirekt durchzusetzen. Die fraglichen Fachleute finden (da alles staatlich oder staatlich kontrolliert ist) ganz einfach keinen andern Posten.

Allgemein lässt sich sagen, dass die berufliche Zukunft der Studenten weniger gebunden ist, als zur stalinistischen Zeit, aber doch keineswegs frei ist.

Wie lebt der Student?

Arbeitsweise und Lebensgestaltung des Studenten werden Gegenstand einer Fortsetzung sein. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Rolle des kommunistischen Jugendverbandes Komsomol, dessen Hochschulorganisationen eines seiner wichtigsten Tätigkeitsgebiete darstellen.

Verstärkte politisch-ideologische Auseinandersetzungen stehen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena bevor, vor allem an der Medizinischen und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, die in der Entschliessung der SED-Parteiorganisation der Universität ihre Aufgaben viermal als «Schwerpunkt der Parteiarbeit» erwähnt worden sind.

Die Universtäts-Parteileitung ermahnt die Studenten eindringlich, «die Doppelseitigkeit von politisch-moralischer Erziehung und fachlicher Ausbildung zu überwinden». Studium und Aneignung der marxistischen Weltanschauung müssten «zur Ehrensache jedes Studenten» werden. Die Partei verlangt, dass die Studenten ihr Verhältnis zum gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium gewissenhaft überprüfen. Dabei wird die Erwartung ausgesprochen, dass sich die gesamte Studentenschaft entsprechend einsetzte.

Einen «raschen Umschwung in der politisch-ideologischen Situation» verlangt die SED-Parteileitung der Friedrich-Schiller-Universität vor allem am Institut für Pädagogik. Unmissverständlich wird in diesem Zusammenhang erklärt, dass zukünftig kein Absolvent mehr zu Staatsexamen zugelassen wird, «der nicht den Anforderungen der sozialistischen Schule entspricht».

Fünf Jahre Arbeitszwang in der CSSR

In der Tschechoslowakei hat am 9. Mai der Partei- und Staatschef Antonin Novotny eine fünfjährige Arbeitspflicht für schulentlassene Jugendliche angekündigt, die graduell eingeführt wird. Die «Empfehlung» (vorläufig handelt es sich offiziell darum) betrifft namentlich die Absolventen von Hoch- und Mittelschulen.

Die geforderte Zustimmung der Oeffentlichkeit ist anscheinend bereits eingetroffen. Vor zwei Wochen schrieb die Regierungszeitung «Rude Pravo» diesbezüglich: «Die Empfehlung, dass Absolventen der Universitäten und Jugendliche, die die Mittelschulen verlassen, für einige Jahre zur Arbeit angehalten werden sollen, um praktische Erfahrungen zu sammeln, wurde in der Oeffentlichkeit mit Befriedigung aufgenommen.»

Absolventen technischer Hochschulen werden angesichts des Mangels an Technikern sofort in ihren speziellen Arbeitsgebieten Verwendung finden. Regierungsämter, Nationalkomitees und «andere Institutionen» dürfen jedoch keine Absolventen anstellen, die noch keine praktische Arbeit in der Produktion geleistet haben. Ausnahmen können nur bei «äusserst talentierten» Absolventen gemacht werden; sie können zu speziellen Forschungsarbeiten in der Produktion herangezogen werden.

Planung

Sowjetunion

Die neue Zelle

Die Siedlungseinheit des «Mikrobezirkes» oder «Mikrorayons» befindet sich vorläufig noch im Planungs- oder Experimentierzustand. Aber nach dem Willen der Partei soll sie in naher Zukunft nicht nur das Bild, sondern auch das Leben der sowjetischen Städte bestimmen.

Zunächst handelt es sich um eine *Wohngemeinschaft*, die etwa 2000 bis 3000 Personen umfasst. Und zwar nicht nur in der Form eines Quartiers, sondern im geschlossenen Rahmen einer kleinen Siedlung innerhalb der Stadt, was ja der Name «Mikrobezirk» auch ausdrücken soll. Den baulichen Charakter dieser Anlage gibt unsere Skizze nach einem Entwurf zu einem Mikrorayon in Aschchabad, der turkmenischen Hauptstadt, wieder («Turkmenskaja Iskrja», 3. Juni 1962). Das Bild spricht soweit positiv an: innerhalb eines Strassenvierecks ist eine Gruppe von Wohnhäusern im Grünen verteilt. Verschiedene Zentren der Gemeinschaft können rasch, bequem und ohne Verkehrsgefährdung (mit der es allerdings im Osten ohnehin nicht schlimm bestellt ist) erreicht werden: Kantine, Schule, Klub, Werkstätten (für Reparaturen usw.).

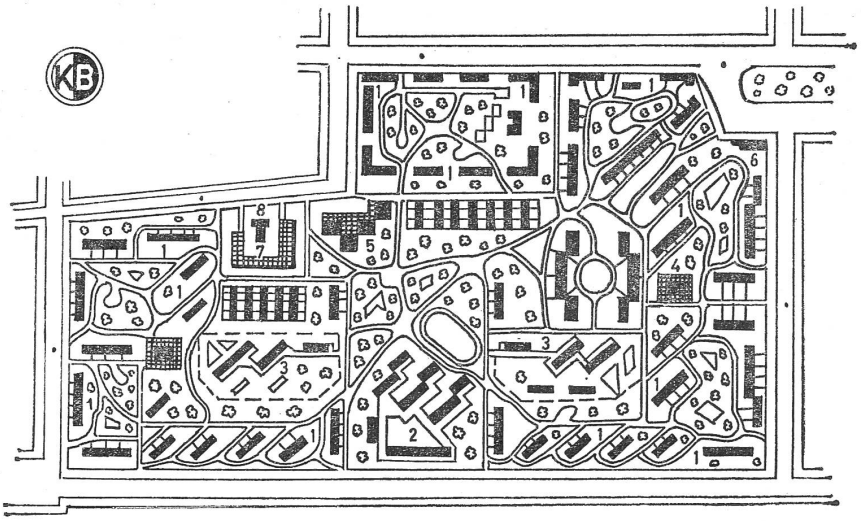
Darüber hinaus ist der Mikrorayon aber auch eine *administrative Gemeinschaft* mit gemeinsamer Partei-, Gewerkschafts- und Verwaltungsorganisation. Die Einwohner sind diesem Apparat zwangsläufig untergeordnet. Sie müssen sich aus der Gemeinschaftsküche verpflegen, ihre Kinder tagsüber in die vorbestimmten Horte abgeben usw.

Denn sie leben auch in einer *Konsumgemeinschaft*, wo das Familienbudget weitgehend vom Rayonbudget ersetzt wird, wo die Bedürfnisse nach Schema festgesetzt und befriedigt werden. Das kann verschiedene Stufen haben, und die für die Gegenwart geplante Uebergangslösung lässt persönlichen Ansprüchen noch einen gewissen Raum.

Aber die private Lebensgestaltung wird dem kollektiven Siedlungscharakter noch weitern Tribut zahlen müssen. Wie der führende sowjetische Volkswirtschaftler Professor Strumilin schrieb, wird ein komplett ausgebauter Mikrobezirk eine Sozialkommune darstellen, die alle Funktionen von Produktion und Konsum in sich vereinigt. Das Bild des Mikrorayons als *Produktionsgemeinschaft* ist allerdings komplex. Als Minimum meint er die ausserberufliche Arbeitsgemeinschaft für alle Fragen, welche die Siedlung betreffen. Beispielsweise einen Flickdienst für den

MIKRORAYON

Ein Beispiel von Aschchabad



• Strassen, 1 Wohnhäuser, 2 Schule, 3 Kinderhorte (Krippen, Gärten) 4 Werkstätten
5 Terrassenrestaurant, 5 Gesellschaftszentrum, 7 Garagen (für PWs)
8 Gemeinschaftsküche

Rayon, zu dem sich die Frauen nach einer bestimmten Ordnung etwa so bereitfinden müssen, wie etwa bei uns zum Reinigen ihres Treppenanteils. Wo die Bewohner in der Möbelwerkstatt, im Garten u. ä. arbeiten müssen. Soweit würde diese Tätigkeit übrigens, in straffer organisierter Form freilich, dem entsprechen, was schon heute von den freiwilligen Arbeitsbrigaden der Quartiere geleistet wird. Doch ist weiter auch an eine direkte Teilnahme an der Produktion gedacht, im Sinne etwa von gemeinsamer «Heimarbeit», die von der Kleinsiedlung nach aussen verkauft würde, so wie es die Kolchose mit dem Ertrag des Kollektivs tut.

Auf jeden Fall aber wird der Mikrorayon in seiner erstrebten endgültigen Form recht eigentlich zur *«Lebensgemeinschaft»*, welche anstelle der Familie die neue Zelle der Gesellschaft bildet.

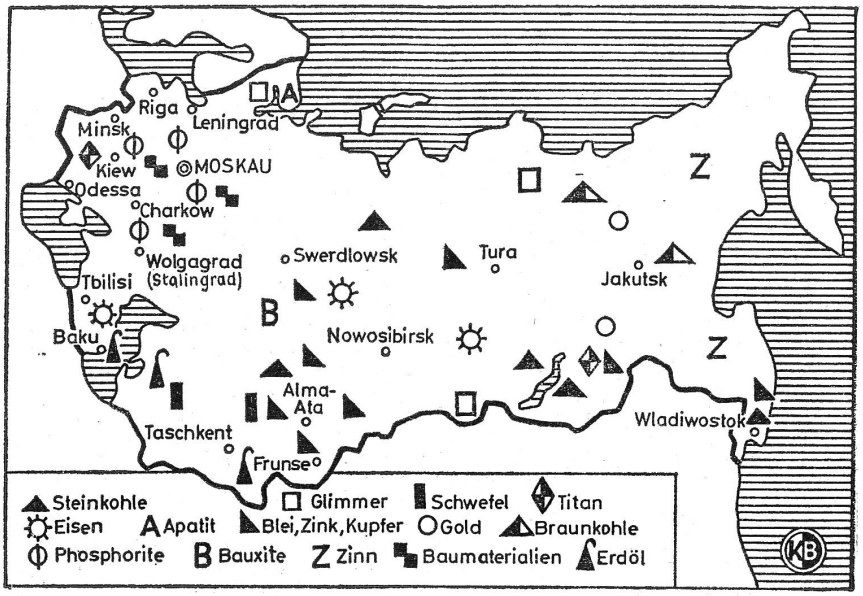
Damit aber nähert man sich der *Stadtkommune*, wie sie (allerdings in viel grösserem Massstab) in China besteht und übrigens schon etliche Rückbildungen erfahren hat. Entsprechend den dortigen Verhältnissen gibt es auch bei den Mikrobezirken Variationen zum Thema. Der erste der drei Haupttypen ist der vorwiegend örtliche Zusammenschluss, wie er hier beschrieben und illustriert wurde. Er besteht, ohne in jedem Fall schon alle aufgezählten Eigenschaften ausgeprägt zu besitzen, in einigen grösseren Städten der Sowjetunion. Aeusserlich kann er eher einer Wohnkolonie mit etwas strafferer Mieterorganisation gleichen.

Naneben gibt es den Mikrorayon (der in Praxis umgesetzte Versuch wurde kürzlich zweimal aus Tadschikistan gemeldet), der um eine Schule zentriert ist, wobei vorwiegend Universitäten und Fachinstitute in Frage kommen. Schüler, Lehrer, wissenschaftliches und technisches Personal bilden dann die Wohn- und Lebensgemeinschaft.

Schliesslich kann der Bezirk auch eine Fabrik oder sonst ein Unternehmen zum Mittelpunkt haben. Wenn man will, ist es wiederum die Siedlung Typus Eins, nur mit der Besonderheit, dass die Einwohnerschaft ausschliesslich aus der betreffenden Belegschaft besteht. In diesem Falle ist natürlich die Produktionsgemeinschaft im Mikrobezirk automatisch gegeben.

Die Mikrobezirke sind eine Institution auf dem Wege zum Vollkommunismus. Ihr Ziel ist für die Partei einleuchtend genug: Durchkollektivierung der Gesellschaft mit entsprechender Kontrolle.

Der Verwirklichung stellt sich aber nicht nur der Wille nach privater Lebensgestaltung gegenüber. Ebensowenig nur die bautechnischen Schwierigkeiten, die bei einem Staat, welcher der Wohnungsnot nicht Herr wird, enorm sind. Vielmehr ist auch die organisatorische Seite nicht durchwegs so plausibel wie sie tönt. So ist beispielsweise die Zugehörigkeit von kleinen Kindern klar. Was aber, wenn sie grösser werden? Gehören sie dann zu ihrem angestammten Wohnrayon, zur Schulsiedlung oder zum Unternehmen, wo sie ihre praktische Arbeit zu verrichten haben? Und was für eine Umstellung bedingt die planwirtschaftlich gelenkte Fluktuation der Arbeitskräfte? In gewisser Hinsicht ist der Mikrobezirk ein Seldwyla-Ideal. Aber lässt er sich wirklich im kommunistischen Massenstaat verwirklichen?



1961 entdeckte Lager verschiedener Bodenschätze in der Sowjetunion.

Bodenschätze

UdSSR
250 000 Geologen

oder noch mehr sind dieses Jahr in der Sowjetunion mit Forschungsarbeiten beschäftigt, unter denen Suche und Förderung neuer Bodenschätze an hervorragender Stelle rangieren. Sowohl der bis 1965 gehende Siebenjahresplan als auch der Perspektivplan 1961 bis 1980 sehen eine ausserordentlich starke Investierung des Bergbaus vor. Das Land kann sich eine beschleunigte Ausbeutung seiner Vorräte noch lange erlauben, denn die brachliegenden Reserven sind immer noch riesig. Nahezu die Hälfte des Unionsgebietes ist für einen systematischen Ausbau nicht genügend erschlossen, ein Fünftel ist geologisch noch nicht untersucht. Den prospektierten (aber noch nicht genutzten) Vorräten nach steht die Sowjetunion mit ihren Kohle- und Eisenerzvorräten, mit Kalisalzen und andern Mineralien an erster Stelle der Welt. Immer deutlicher wird es, dass auch die Erdölvorräte ihr in Zukunft einen der ersten Plätze werden beschaffen können.

Unter diesen Umständen tönt es schon weniger paradox, wenn man vernimmt, dass die Planwirtschaft auch für das Aufdekken von Bodenschätzen eine bestimmte prozentuale Progression errechnet hat, obwohl es in der Natur von Funden liegt, dass man sie erst nach ihrem Auffinden kennt. Den wissenschaftlichen Forschungen dienen in erster Linie die Bergbauinstitute der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und ihre verschiedenen Zweigstellen.

Die neuen Rohstofflager und Energiequellen der Zukunft sind vor allem in den asiatischen Teilen der Sowjetunion zu suchen. Alle Anstrengungen des Regimes zielen darauf ab, diese Gebiete gleichzeitig auch verkehrstechnisch zu erschliessen und zu industrialisieren, wozu Massen an mehr oder weniger freiwilligen Arbeitskräften aufgeboten werden.

Unsere Zeichnung nach einer kürzlich in einer «Iswestija»-Beilage veröffentlichten Skizze zeigt lediglich Vorkommen, die letztes Jahr entdeckt wurden und jetzt oder demnächst ausgebeutet werden. Meldungen über neuentdeckte Erzlagen, Oelfelder usw. treffen aus der Sowjetunion regelmässig ein. Ihre Ausnützung im Dienste der kommunistischen Macht kann manchmal mehr und manchmal weniger lang auf sich warten lassen. Aber es ist anzunehmen, dass sie kommt. (Uebersichtskarte der Bodenschätze in der RSFSR siehe KB Nr. 39, 1961.)

Curriculum der Woche

ALEXANDER WASSILJEWITSCH SIDORENKO

Minister für Geologie und Bodenschätze der UdSSR.

Geboren 1918 im Dorf Nowo Nikolajewskoje, Gebiet Lugansk (Ukraine). Geologiestudium an der Universität Woronesch. Beim Ausbruch des Krieges Aspirant (Dissertation zur Erlangung des Titels Kandidat der Wissenschaft nach Studienabschluss), als Oberleutnant bei der Schlacht um Stalingrad (Heutige sowjetische Lesart «Schlacht an der Wolga») verletzt und demobilisiert. 1942 Mitglied der KP.

1943 bis 1950 Mitglied der turkmenischen Filiale der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Vorsteher der Abteilung für Bodenschätze. Nach dem Krieg wird Sidorenko Kandidat der geologisch-mineralogischen Wissenschaften, unter anderm an der Planung des Karakim-Kanals beteiligt.

1950 Mitarbeiter, 1952 Vorsitzender des Präsidiums der Filiale Kola (Halbinsel am Weissen Meer) der Akademie der Wissenschaften. Beschäftigt sich dort vor allem mit der Nutzung von Bodenschätzen. 1953 zum Korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften ernannt; Forschungen zur Geomorphologie und geologischen Struktur der Wüsten und der Phosphorverbindungen. Heute Doktor der Wissenschaften, mehrfach ausgezeichnet, Autor von 70 Werken. Seine neueste Ernennung erfolgte diesen Frühling.

Ausbeutung

SBZ

Gekoppelte Planerfüllung

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sind die Industriearbeiter nicht mehr nur für ihre eigene Planerfüllung verantwortlich, sondern auch noch für das Erreichen der gesteckten landwirtschaftlichen Ziele. Und zwar ganz direkt: Neue Bestimmungen für sogenannte «Patenschaftsverträge» zwischen «volkseigenen» Industriebetrieben und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, «die das Prinzip des materiellen Interessiertseins berücksichtigen», hat die SED-Bezirksleitung Rostock vorgeschrieben. Um «über die Patenschaftsarbeit zur Veränderung der politischen Lage und in deren Ergebnis zur Verbesserung der Situation in den Genossenschaften» zu kommen, wurde angeordnet, dass der Plan der Industriebetriebe nur dann als erfüllt angesehen wird, wenn auch die Paten-LPG ihren Plan in der Brutto- und Marktproduktion erfüllt hat.

Als Hauptanliegen der «Patenschaftsarbeit» bezeichnet die SED-Bezirksleitung Rostock die «Sicherung des unmittelbaren Einflusses der Arbeiterklasse auf die Genossenschaftsbauern und die Leitung der LPG». Die sogenannten «Patenschaften» sind in der SBZ eine gängige Erscheinung. Zumeist bestehen sie zwischen Schulen (Jugendorganisationen usw.) und Volkseigenen Betrieben, wobei sie in erster Linie propagandistischen Zwecken dienen. Die gegenseitigen Verpflichtungen werden in «Patenschaftsverträgen» festgesetzt und umfassen in der Regel gemeinsame Anlässe, gegenseitige Einführungskurse zum grösseren Verständnis zwischen Arbeitern und Studenten usw.

Daneben aber bezwecken solche Patenschaftsverträge, die (wie auch die artverwandten «Freundschaftsverträge») auf der Grundlage der «Freiwilligkeit» existieren, auch die Rekrutierung von Gratis-Arbeitskräften. Das gilt insbesondere bei den Patenschaften gegenüber den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. So bringt man ein Schüler- oder Arbeiterkollektiv dazu, bei den Feldarbeiten auszuhelfen. Das System entspricht dann ungefähr dem, was in den kommunistischen Ländern allgemein unter «freiwilliger Aufbauarbeit» verstanden wird. Der Fall von Rostock, wo die Planerfüllung der LPG direkt zur beruflichen Verantwortung der Industriearbeiter geschlagen wird, entlarvt die «Freiwilligkeit» in ganz besonders krasser Weise.

(Die Patenschaften haben dazu immer noch Kontroll- und Ueberwachungsaufgaben. Das gilt insbesondere dann, wenn etwa die Volkspolizei oder die «Freie Deutsche Jugend» (FDJ, die neue Hitlerjugend) einem Betrieb oder einer Institution als Pate beistehen.)

Eins mit dem Fussballstiefel

Ein Hinweis mehr für alle Mahner, dass man Sport nicht mit Politik vermischen solle, wohin sie ihre Mahnung schicken sollen: Strenger Parteikritik sehen sich Studenten der «Deutschen Hochschule für Körperkultur» in Leipzig ausgesetzt, weil sie ihrer Freude über Erfolge der deutschen Fussball-Nationalmannschaft bei den Spielen um die Weltmeisterschaft in Chile allzu sichtbar Ausdruck gegeben hatten. «Leider sind bei den Diskussionen über dieses Sportereignis von einer Reihe Studenten die Erfolge der westdeutschen Mannschaft nicht richtig beurteilt worden», heisst es in der Verlautbarung des «Instituts für Spiele» der DHfK. Die «westdeutsche» Mannschaft habe zweifellos durch ihren kämpferischen Einsatz bedeutende sportliche Erfolge erzielt, «die jedoch nicht losgelöst von der Politik des westdeutschen Staates betrachtet werden dürfen». Die «westdeutsche» Mannschaft, heisst es weiter, repräsentiere einen Staat, «der auf alle Verständigungsvorschläge mit einer Verschärfung der Feindschaft und des Hasses, mit Sabotageaktionen und Erpressungsversuchen sowie mit der Drohung des Bruderkrieges geantwortet hat».

Die Studenten der «Deutschen Hochschule für Körperkultur», denen von Funktionären der FDJ und der SED unverhüllt verübelt wurde, sich alle Uebertragungen der westdeutschen Rundfunkstationen von Chile angehört zu haben, wurden ermahnt, daran zu denken, dass das «Neue gegenüber dem kapitalistischen Fussballsport auch in Chile durch die Nationalmannschaften der sozialistischen Länder verkörpert» wurde.

Landwirtschaft

UdSSR

Rossäpfel für Schweine

Die folgende Beschreibung ist keine westliche Verleumdung der sowjetischen Landwirtschaft. Am 7. Juni veröffentlichte die Moskauer Zeitung «Literaturnaja gazeta» einen Abschnitt aus der Erzählung von A. Jaschin «Die Waise». Es handelt sich um ein Gespräch zwischen einem jungen Kolchosebauern und einem Parteifunktionär: «— Letzten Winter starben keine Tiere bei uns. Wir haben für den Winter etwa 15 Wagenladungen Aestefutter vorbereitet.

— So, so, das war richtig gemacht.

— Was ist den da richtig, wenn man das Vieh mit Aesten füttern muss? Und das Gras bleibt unter dem Schnee liegen.

— Keine Zeit gehabt zum Mähen?

— Jeden Sommer bleibt es ungemäht. Und wenn gemäht wird, dann verfault das Heu an Ort und Stelle. Meine Grossmutter sagt, das sei die Strafe Gottes. Man hätte doch wenigstens erlauben müssen, für die eigenen Kühe das Futter vorzubereiten.

— Ihr möchtet also in erster Linie die eigenen Kühe füttern? Und wie heisst das in unserer Sprache, Genosse Mamykin? Habt ihr etwas von privatem Sektor der Volkswirtschaft gehört?

— Die Kühe können doch nichts dafür, dass sie im privaten Sektor (der Nebenwirtschaft) sind. Sie befinden sich doch nicht in einem fremden Land, sie sind ja alle sowjetisch und ihre Milch trinken doch nicht irgendwelche Bourgeois, sondern unsere Leute. Schaut doch was aus ihnen geworden ist, man kann sie doch kaum von den Schafen unterscheiden.

— Und der Vorsitzende, was macht der?

— Er wartet immer noch auf Hilfe. Es wäre besser, wen er weniger auf Hilfe warten würde. Auch die Schweine hungern bei uns.

— Es gibt bei uns ein junges Mädchen, Njurka. Sie wurde zur Schweinefarm geschickt. Im Winter sind die hungrigen Schweine wie wilde Tiere. Die Futtertröge haben sie ganz abgenagt. Njurka nimmt jeden Morgen Abschied von ihrer Mutter, weil sie befürchtet, dass die Schweine sie eines Tages überfallen und zerreissen könnten. Dann kam ihr eine Idee. Sie sammelte frische Rossäpfel und verfütterte sie den Schweinen. In der Bezirkszeitung war eine ganze Seite unserer Kolchose gewidmet: wie hier das Schweinesterben bekämpft wird.

— Ein erfinderisches Mädchen. Sie hat richtig gehandelt.

— Natürlich hat sie richtig gehandelt, aber in der Zeitung sollte man das nicht beschreiben. Sogar die Schweine schämen sich ...»

Literatur

Bulgarien

Kopiert nicht die Sowjets!

Der prominente bulgarische Schriftsteller und Kritiker Ivan Burin forderte in einem Artikel in der kulturellen Wochenschrift der Schriftstellervereinigung «Literaturen Front» individuellere und nationalere Gestalten in der bulgarischen Literatur. Er schrieb: «Wenn wir fortfahren, weiterhin nur von anderen zu entleihen, so führt dies unausweichlich zu schöpferischem Selbstmord.» Das enthält einen Hinweis auf die sklavische Nachahmung sowjetischer Vorbilder, aber auch auf die Zuneigung zum westlichen Literaturstil.

Burins Artikel war überschrieben «Warum schämt Ihr Euch?» eine Frage, deren Antwort jedem Leser sofort offensichtlich gewesen sein muss. Die Frage stammt aus dem Vorwort zur ersten Geschichte des bulgarischen Volkes, geschrieben von Pater Paissii im Jahre 1762, und jeder Schüler kennt den Rest des Zitats «... Bulgaren zu nennen?».

Burin fordert eine grössere nationale Individualität. «Unsere schöpferischen Anstrengungen müssen auf die Schaffung einer Kunst gerichtet sein, die nicht fremde Vorbilder imitiert, sondern die unsere eigenen, bulgarischen Aspekte berücksichtigt. Nur dann können Fremde bei uns etwas sehen und nur dann werden sie nicht nur etwas sehen können, sondern auch etwas von uns mitzunehmen haben.»

Bulgarien, so fuhr er fort, müsse versuchen, einen eigenen ehrenhaften Platz in der Weltliteratur einzunehmen.. Dies jedoch, so warnte er, könnte nicht erreicht werden durch die ausschliessliche Nachahmung westlicher Schiftsteller.

«Es ist kein Geheimnis, dass ein Teil der Schriftsteller, besonders die jüngeren, glauben, sie werden dies erreichen, wenn sie den modernen Tendenzen und dem Geschmack der degenerierten westlichen Literatur folgen, ohne dabei nicht einmal die Tatsache in Betracht zu ziehen, dass sie auf einem Feld, auf dem bereits im Westen grosse Meister existieren, kleine Anfänger bleiben müssen», schrieb Burin. «Ein bulgarischer Kafka würde im Ausland nie beachtet werden. Wir werden der Welt nur dann etwas geben können, wenn wir in unserer schöpferischen Arbeit die besonderen Eigenheiten unseres nationalen Lebens wiedergeben.» Hierbei zitierte Burin den bulgarischen Dichter Pencho Slaveikov: «Burns, Goethe, Heine, Beranger, Petöfi und andere grosse Lyriker würden nicht die hohe Ehre erreicht haben, wenn sie in ihren Gedichten nicht ihren eigenen

nationalen Geist zum Ausdruck gebracht hätten... Es ist unwürdig, nur die Brosamen vom Tische anderer Leute aufzusammeln, wen wir selber eigene Nahrung besitzen, an der wir uns reichlich sättigen können.»

Er fuhr fort mit einem Angriff auf die Auswirkungen des Stalinismus auf die bulgarische Literatur und bemerkte: «Einige Genossen, die zwar eine ganze Menge gegen den Dogmatismus zu sagen haben, führen ihren Kampf jedoch nur auf dem Felde der Literaturkritik, ohne zu versuchen herauszufinden, was der Dogmatismus im geschichtlichen Leben der Nation selbst übersehen hat. Dies ist wichtiger als jeder ästhetischer Streit ... Die dogmatische Kritik betrachtete es als eine tödliche Sünde, wenn der Held eines Werkes über den Kampf der Partei ein Angehöriger der Intelligenz war. In der Geschichtte unserer Partei war aber dies tatsächlich ein typisches Phänomen.»

Der ungefähr 50 Jahre alte Burin hat bisher an die siebzehn Bücher, hauptsächlich Kurzgeschichten und Literaturkritik sowie mehrere Antologien volkstümlicher Dichtungen, veröffentlicht. Im Februar 1956 wurde Burin von Vulko Tschervenkov persönlich als einer aus der Reihe jener bulgarischen Schriftsteller angegriffen, die die Parteimitglieder in «saubere» und «unsaubere» Kommunisten scheiden wollten und die versuchten, die gesamte Führung der stalinistisch beherrschten Schriftstellervereinigung zu beseitigen.

Motorisierung

Tschechoslowakei

Run auf Occasionen

Die Nachfrage nach Autos ist in der Tschechoslowakei so gross, dass die Redaktion der Regionalzeitung «Rovnost», die in Brno (Brünn) erscheint, förmlich belagert wurde, als ein Leser in einer kleinen Annonce einen Fiat 600 zum Verkauf anbot.

Die Zeitung zitierte einen Angestellten der Anzeigenabteilung der händeringend bat, eine weitere Annonce in die Zeitung zu setzen mit der Aufforderung, die Anfragen einzustellen, da er sonst noch verrückt würde. An die 300 Anfragen pro Tag, so erklärte er, seien eingetroffen und, wenn es so weiterginge, stünden die Leute bald Schlange vor dem Verlagsgebäude.

Das Auto war zu einem Preis von 21 000 Kronen angeboten und verkauft worden. Der Monatslohn eines Facharbeiters beträgt etwa 1400 Kronen.

Auch die tschechoslowakischen Aerzte haben sich nun der Warnung westlicher Kollegen vor der Gefahr des Lungenkrebses durch Rauchen angeschlossen. Führende Mediziner und Forscher sind der Ansicht, dass 90 Prozent der Lungenkrebsfälle auf starkes Rauchen zurückzuführen seien und 95 Prozent aller an Kehlkopfkrebs erkrankten Personen ebenfalls starke Raucher seien. Angesichts der neuen Erkenntnisse soll ihrer Ansicht nach die Oeffentlichkeit, vor allem die Jugend, auf diese Gefahren aufmerksam gemacht werden.

Die Tschechoslowakei bezieht den grössten Teil der Tabakimporte aus dem kommunistischen Bulgarien, das in den jüngsten Monaten die Tabakbauern aufforderte, die Produktion zu vergrössern, da Tabak ein wichtiger Exportartikel sei.

Medizin

Polen

Zuwenig Medikamente

Selbst Spitäler müssen sich in Polen Medikamente auf dem Schwarzen Markt verschaffen.

Der Schwarze Markt der Arzneimittel in Warschau erfreut sich einer Hochkonjunktur, in der die Preise nahezu Rekordhöhe erreichen. Verursacht wurde dieser Aufschwung durch eine Arzneimittelknappheit in den staatlichen Apotheken. Die Warschauer Abenzeitung «Express Wieczorny» berichtete über die Situation, nachdem zahlreiche Leser in Zuschriften angefragt hatten, warum verschiedene Medikamente nicht mehr zu haben seien. Die Knappheit gehe nach den Ausführungen der Zeitung zum Teil auf die Beschränkung des gewöhnlich privaten Imports von Arzneimitteln zurück. Viele Apotheken hatten bisher mit den Empfängern Vereinbarungen über den Verkauf dieser Medikamente getroffen. Vor kurzem jedoch legte die Regierung einen Importzoll auf alle Arzneimittelsendungen aus dem Ausland von mehr als einem halben Kilo Gewicht. Ferner gab die Zeitung auch zu, dass der Mangel auch auf das Unvermögen polnischer Arzneimittelfabriken, bestimmte Medikamente herzustellen, zurückzuführen sei. Das gegenwärtige Angebot an Medikamenten umfasse nur 350 verschiedene Arzneien, 150 Sorten weniger als noch vor kurzem.

Es ist kein Geheimnis, dass selbst Spitäler Medikamente auf dem Schwarzen Markt zu Ueberpreisen erstehen.

Die Zeitung forderte in diesem Zusammenhang eine Ueberprüfung der Zollvorschriften mit dem Hinweis, dass in manchen Fällen die Verpackung der Medikamente bis zur Hälfte des zollfreien Gewichts betrage.

Partei

Sowjetunion

Fachliteratur widerlegt Parteipropaganda

Der kommunistischen Propaganda ist kein Mittel zu schlecht, um die «Vorzüge des sozialistischen Systems» zu beweisen. Besonders gern werden die tatsächlichen und immaginären Erfolge in der Wissenschaft und Technik als Beweismittel herangezogen. Die plumpe Propaganda der angeblichen russischen Erfindungen und Entdeckungen auf fast allen Gebieten der Wissenschaft und der Technik hat dem Ansehen der UdSSR in der Welt mehr geschadet als gedient. Man ist in dieser Beziehung in der letzten Zeit viel vorsichtiger geworden. Für den internen Gebrauch bedient man sich aber nach wie vor der Ausdrücke «der grösste», «der stärkste», «der modernste» usw.

Viel sachlicher und objektiver als die Parteipresse ist die sowjetische Fachliteratur. Man findet in den Fachzeitschriften oft Angaben, die den demagogischen Behauptungen der Parteipresse direkt widersprechen. Dies soll am folgenden Beispiel demonstriert werden.

Ein sehr beliebtes Thema der sowjetischen Parteipropaganda ist die Elektrifizierung des Landes bzw. die Zunahme der Produktion der elektrischen Energie und der Bau von Kraftwerken. Am 28. April 1962 stand in der «Pravda», dass in Leningrad eine neue Dampfturbine und ein Generator mit einer Leistung von 300 000 kW «der grösste in der Welt», entwickelt und gebaut wurden.

Gleichzeitig findet man aber in der sowjetischen Zeitschrift «Die Energiewirtschaft im Ausland» folgende Angaben über die Entwicklung und den Bau neuer Generatoren im Ausland: «Die Zunahme der Energieproduktion in den Wärmekraftwerken in den kapitalistischen Ländern entwickelt sich schneller als viele Energiefachleute voraussehen konnten... Im Jahre 1961 standen in den USA schon vier Turbogeneratoren mit einer Kapazität von je 500 000 kW im Betrieb... In Frankreich prüft man die Frage des Baus vom 500 000-kW-Generatoren... In Kanada sind die ersten Maschinen zu 200 000 kW im Betrieb und die Generatoren zu 300 000 kW werden montiert... hier werden auch zwei Maschinen zu 320 000 kW für Italien (Elektrizitätswerk Spezia) gebaut... Es ist bekannt, dass 1961 Aufträge für den Bau von 17 Turbogeneratoren mit einer Kapazität von 500 000 kW und mehr in Ausführung waren:

4 zu 500 000 kW für das Kraftwerk West Bartoni, England;
4 zu 500 000 kW für das Kraftwerk Ferri Bridge, England;
1 zu 500 000 kW für das Kraftwerk Colbert in den USA;
2 zu 550 000 kW für das Kraftwerk Torp Marsh in England;
1 zu 600 000 kW für das Energiesystem TVA in den USA;
2 zu 950 000 kW für das Kraftwerk Bull Ran in den USA;
1 zu 1 000 000 kW für das Kraftwerk East River in den USA.»

Angesichts dieser Tatsachen ist es klar, dass die Mitteilung der «Pravda» über die grösste sowjetische Turbine, ein Bluff war. Auch in vielen anderen Fällen ist es beim genauen Studium der sowjetischen Fachliteratur möglich, die Behauptungen der kommunistischen Parteipropaganda mit den eigenen sowjetischen Informationen zu widerlegen.

Polizei

Ungarn

Neue Fluchtbewegung?

In letzter Zeit mehren sich die Berichte von gescheiterten Fluchtversuchen aus Ungarn nach dem Ausland. Die ungarische Presse veröffentlicht diese Fälle wohl in der Absicht, den Fluchtkandidaten die Aussichtslosigkeit ihres Unternehmens vor Augen zu führen.

Vor kurzem wurde laut «Petöfi Nepe», Kecskemet, ein 16jähriger Bursche von der Grenzwache festgenommen. Er wollte via Jugoslawien nach dem Westen gelangen. Sein Vater ist ein Kolchosbauer und ehemaliger Knecht. Der junge Mann habe unter dem Einfluss «unerlaubter Lektüre» gestanden.

Auch «Zalai Hirlap» berichtete von zwei Lehrlingen, die «aus Abenteuerlust» versucht hätten, die jugoslawische Grenze illegal zu überschreiten.

Interessant an diesen Meldungen ist die Feststellung, dass es sich vor allem um Jugendliche aus Arbeiter- und Bauernkreisen handelt, welche flüchten wollen.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 4. Juli 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

«Alles für das Volk, nichts durch das Volk.» Dieser feudalistische Ausspruch Friedrich des Grossen ist bekannt. Zum gleichen Motto bekennt sich auch die kommunistische Führung, die sich vorbehält, die Bedürfnisse des Volkes selbst zu definieren, das heisst nach ihrem Gutdünken zu bestimmen. Wenn wir sagen, dass sich die kommunistische Führung zu diesem Motto bekennt, dann wäre gleich beizufügen, dass sie es meist nicht offiziell tut. Vielmehr heisst es, dass sich das Volk durch das Prinzip des «demokratischen Zentralismus» selbst regiere, ja, dass die «sozialistischen Staaten» die einzigen effektiven Demokratien der Welt seien.

Nun, diese Behauptung ist bekannt, ihre Unwahrheit grossenteils auch. Der preussisch-königliche Ausspruch, so meint man, wird nicht offen vertreten. Aber das Verwunderliche geschieht doch: So war kürzlich in einer ungarischen Zeitung («Bel-Magyarorszag», Szeged) eine Kritik der stalinistischen Zeit zu lesen. Und dabei steht folgender Satz: *«Es war damals so, dass Massnahmen, die im Interesse des Volkes getroffen wurden, vom Volke nicht verstanden wurden, weil man sich nicht die Mühe nahm, die Massnahmen sorgfältig zu erklären...* Dabei machte die Parteileitung einige grundlegende Fehler, die dem Gedanken des Sozialismus und dem Ansehen der Kommunisten schadeten. Die Partei hat diese Fehler inzwischen berichtigt»... usw. Diese Kritik, die in einem für westliche Leser noch ganz angenehm wirkenden Bekenntnis zur Demokratisierung der Partei eingebettet ist, richtet sich also gegen die antidemokratischen Methoden der stalinistischen und nachstalinistischen Zeit, die zur «Konterrevolution geführt haben». Dieses offene Geständnis ist schon etwas. Aber fundamental ist das selbstverständliche Bekenntnis zum kommunistischen Feudalismus, das mitschwingt. Denn beanstandet wird nicht etwa, dass das Volk nichts zu sagen hatte. Beanstandet wird lediglich, dass man dem Volke das, was ohne sein Zutun und gegen seinen Willen beschlossen wurde, nicht besser mundgerecht machte. Der Zwang von oben herab ist auch dem demokratischen Kommunisten eine Selbstverständlichkeit. Unter Demokratisierung versteht er Popularisierung des Angeordneten. Demokratie ist bestenfalls gleich Propaganda.

Es ist gut, wenn solche Stellen zur Nachdenklichkeit anregen. Denn sie zeigen die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Begriffen der freien Welt und des Kommunismus auf. Unterschiede, die durch keine «Liberalisierung», keine «Tauwetterperiode» und eben keine «Demokratisierung» verwischt werden können, weil es sich um andere Denkkategorien handelt. Gewiss, es gibt verschiedene Tendenzen, gibt es härtere und weichere Perioden in den kommunistischen Staaten. Möglicherweise sind sie bewusste taktische Manöver gegenüber den eigenen Untertanen oder gegenüber der restlichen Welt. Möglicherweise sind sie (oft zugleich!) Ausdruck durchaus echter Reformbestrebungen.

Aber selbst wenn wir ein Maximum an Echtheit annehmen, können wir uns der Tatsache nicht verschliessen, dass es sich um Bewegungen handelt, welche die totalitäre Diktatur als Selbstverständlichkeit voraussetzen. Einmal in milderer, einmal in schärferer Form. Es könnte sich einmal um sympathisch wirkende Bestrebungen handeln, den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenzukommen. Aber im Rahmen der Diktatur. Es könnte sich um den Versuch handeln, die Menschlichkeit mehr zu ihrem Recht kommen zu lassen. Aber im Rahmen der Diktatur. Wir sind berechtigt, solche Tendenzen zu beachten. Aber wir sind nie dazu berechtigt, die Diktatur zu vergessen.

Busy Busses

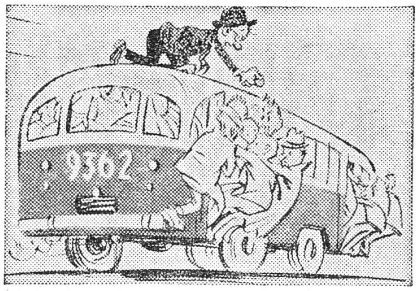
Im Ostblock sind nicht nur Personenautos eine begehrte Rarität (siehe unter CSSR), sondern auch Strassenfahrzeuge im allgemeinen. Der Busdienst ist ein beliebter Witzgegenstand, übrigens wie bei uns in städtischen Verhältnissen ja auch.

Von unserm Bilderbogen sind die zwei sowjetischen Karikaturen lustig und leicht verständlich. In einem Fall geht es um den Stossverkehr, im andern Fall werden die gestrengen Kontrolleusen auf den Hut genommen. Im übrigen ist in der Sowjetunion die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel sehr billig. Was zu wünschen übrig lässt, sind Raschheit und Güte der Beförderung. Sehr mühsam ist der Taxidienst, der zwar auch nicht sehr teuer ist, aber einfach der Nachfrage nicht genügt. Der Witz «Ich gehe zu Fuss, weil ich pressieren muss», existiert in allen Variationen.

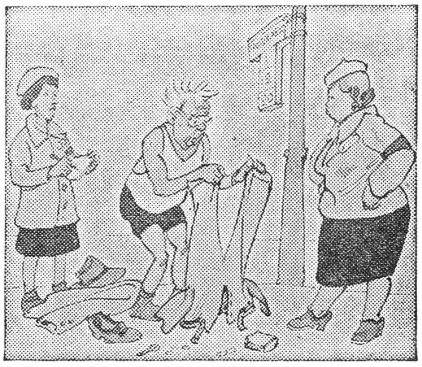
Die anspruchslose Zeichnung der Warschauer Zeitung ist dafür in ihrer Kritik anspruchsvoller. Verspottet werden die dauernden Betriebsunterbrüche und Pannen, in erster Linie eine Folge des übrigens im ganzen Ostblock grassierenden Mangels an Ersatzteilen. Was den Autostopper-Ausweis angeht, so existiert er in Polen tatsächlich. Jugendliche, insbesondere in Organisationen, erhalten gegen eine kleine Entschädigung ein Büchlein mit abreissbaren Marken, für die Automobilisten bestimmt, die sie aufnehmen. Besonders grosse «Sammler» unter den Fahrern werden dann gelegentlich öffentlich belohnt oder erhalten eine kleine Prämie.

Auf diese Weise versucht man die Kapazität der wenigen Autos möglichst auszunützen. Der Automobilist seinerseits braucht sich dank der Legitimation der Jungen weniger vor einem Ueberfall von Rowdies zu fürchten.

Der Mangel an Privatwagen hat im Osten überhaupt zu einer andern Einstellung gegenüber dem Autostop geführt als bei uns. Wir warnen etwa Schulkinder davor, in einen unbekannten Wagen zu steigen. In Bulgarien dagegen werden die Automobilisten aufgefordert, Kinder auf dem Schulweg aufzuladen, der auf dem Land oft mehrere Kilometer beträgt.



«Fahrgeld, bitte!» *(«Krokodil»)*



«Aber ich weiss doch, dass ich meine Fahrkarte drinnen hatte.» *(«Krokodil»)*

«Aber nein, vor Pannen brauchen Sie keine Angst zu haben. Wir haben für jeden Passagier einen Autostopper-Ausweis.» *(«Zycie Warszawy»)*

Der Schnappschuss

In Sofia wurde feierlich ein staatliches Zirkusgebäude eingeweiht. Es wurde nach sowjetischem Vorbild erstellt. Die Ansicht, es handle sich dabei um ein neues Parlaments- oder Regierungsgebäude, ist allerdings irrig. Die Dressurvorführungen betreffen unschuldige Tiere.

*

Mit einem «stotternden» Auto darf kein Pole ins Ausland fahren, auch nicht in die Staaten des «sozialistischen» Lagers.

Auf einen Leserbrief in der «Zycie Warszawy» antwortete die Redaktion folgendes: «Es ist untersagt, mit einem auf Abzahlung gekauften Personenwagen ins Ausland zu fahren, solange die letzte Rate nicht bezahlt ist. Nur ausnahmsweise und mit Zustimmung des Verkäufers kann eine solche Fahrt unternommen werden, wozu ein Gesuch einzureichen ist. Die allfällige Bewilligung kostet 15 Zloty; ausserdem muss das Auto zusätzlich versichert werden.»

Ausstellung

Knechtschaft oder Freiheit?

Am 7. Juli beginnt in Altdorf (parallel mit den Tell-Spielen) eine Wanderausstellung der Vereinigung «Pro Libertate». Die instruktive, thematisch gegliederte Schau über die gegenwärtige Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus wird bis zum September in verschiedenen Schweizer Städten zu sehen sein.